

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

8.5.1928 (No. 108)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Kneub, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Vorgänge in Rumänien

Prinz Carol aus England ausgewiesen

Wien, 8. Mai. (Tel.) Gestern Abend wurde von der englischen Regierung der Beschluß gefaßt, Prinz Carol von Rumänien zu erfuchen, England zu verlassen. Der Prinz wurde hieron verständigt.

„Morning Post“ teilt zu dem beabsichtigten Flug des Prinzen Carol nach Rumänien mit, daß zwei Flugzeuge tatsächlich von einem Zeitungsunternehmen gestellt worden waren. Journalisten sollten mitfliegen. Tatsächlich befand sich Prinz Carol auch infolge eines sonderbaren Zufalls am Freitag Abend, d. h. dem Vorabend des geplanten Startes nach Bukarest, auf dem Flugplatz Croydon. Am Samstag nachmittag ereignete sich aber eine Störung, so daß die Flugzeuge nicht aufsteigen konnten. Der Abflug wurde auf Sonntag früh 4 Uhr verschoben. Inzwischen hatten die Luftfahrtsbehörden von dem wahren Grund der beabsichtigten Fahrt Kenntnis erhalten, und infolge der amtlicherseits erhobenen Vorstellungen verweigerte die Gesellschaft den Flugzeugen die Startzulassung. Ein Vorrat Druckschriften, vermutlich das Manifest des Prinzen an die Rumänen, wurde aus den Flugzeugen entfernt und nach London geschickt. — „Morning Post“ bemerkt dazu, es handle sich also um eine von einem Zeitungsunternehmen organisierte „Sensation“. Von anderer Seite wird erklärt, es fehle gegenwärtig praktisches Beweismaterial, daß Prinz Carol etwas mit diesem Plan zu tun hatte, wenn auch möglich ist, daß er seinen Namen dazu hergegeben habe.

Die „Times“ sagt, es werde verschiedentlich vermutet, daß dieser Streich mit der Agitation zugunsten der Revision des Trianonvertrages im Zusammenhang stehe, und zitiert eine Stelle aus dem Manifest des Prinzen, wo es heißt: Alle unerledigten Probleme mit den vormaligen Feinden Rumäniens müssen durch gemeinsame Vereinbarung liquidiert werden, um ihre Freundschaft zu erhalten und einen langen und dauernden Frieden zu gewährleisten. — Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt: Die melodramatische Intrigue, die die Kronbefreiung des Prinzen Carol zum Ziele hatte, steht in engem Zusammenhang mit dem Feldzug für die Rückgabe eines Teiles des im Friedensvertrag abgetretenen ungarischen Gebietes. Der Prinz ist beauftragt worden, zu versprechen, daß er, wenn er zum König gemacht wird, all seinen Einfluß aufwenden wird, um eine Revision des Vertrages von Trianon zugunsten Ungarns zu sichern. Die Carol-Intrigue hat dasselbe Ziel, wie die proungarische Propaganda Lord Rothermeres und seiner Mätter. Ein Engländer, der als Hauptemittent des Prinzen bezeichnet wird, hat am Sonntag London „in geheimer Mission nach dem Kontinent“ verlassen. Dieser Emittent ist ein englischer Publizist und steht im Zusammenhang mit dem Revisionfeldzug.

„Daily Express“ veröffentlicht eine Darstellung der Herstellung des Carol-Manifestes, von dem 20 000 Exemplare gedruckt worden seien. Das Blatt nennt den Namen der Drucker und erklärt, daß sich um die schnelle Herstellung des Manifestes der derzeitige Gastgeber des Prinzen, der Rumäne Joneacu, und zwei Engländer, der Journalist Heathcote und der Hauptmann Le Mesurier, besonders bemüht hätten. Nach dem Scheitern des Abfluges aus London habe Heathcote mit einem Begleiter 12 000 Exemplare des Aufrufs am Sonntag vorm. nach Brüssel geschafft, von wo aus sie im Flugzeug nach Rumänien gehen sollen.

Aus dem Colmarer Autonomistenprozeß

Zu Beginn der Montag-Sitzung lebte das Gericht einen Protest der Verteidigung ab, in dem erklärt wird, daß das Urteil auf Suspendierung des Verteidigers Journier von vornherein vorbereitet und deshalb unzulässig sei. Rechtsanwält Vertkon teilte mit, daß sich außer der Anwaltskammer auch der Justizminister mit der Angelegenheit Journier befaßt habe. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Wahl des Verfahrens für die weitere Verhandlung. In der Nachmittagsverhandlung erklärte als Zeuge Polizeikommissar Bauer aus Straßburg, seit 1920 hätten Abbé Haeg, Abbé Fehhauer und Rosée eine Kampagne eingeleitet, die später zur Gründung der Zukunft führte. 1922 hätten sich die ersten Vorläufer der Autonomiebewegung von jenseits des Rheins gezeigt. Der Zeuge will dann eine Rede verlesen, die Abbé Professor Hanhard, auf einer eifach-lothringischen Woche in Donauveschingen gehalten habe. Nach weiteren Ausführungen des Zeugen greift einer der Geschworenen in die Debatte ein und macht von seinem Recht zum Sprechen Gebrauch, indem er erklärt, seit heute früh hören wir einen Zeugen, wir wollen keine alten Geschichten hören, die vor 1918 liegen, sondern nur das, was nach dem Waffenstillstand geschehen ist. Der Zeuge äußert sich dann u. a. über die am 19. Sept. 27 von Schall gegründete Autonomistenpartei, deren umfangreiches Programm er verlesen läßt. Sie strebe ein freies Elsaß innerhalb der Vereinigten Staaten von Europa, unabhängig von Deutschland und Frankreich, an. Rechtsanwält Klein verliest ein gemeinsames Schreiben der Herren Nöbling und von Gemmingen, die die Erklärung abgeben, daß sie niemals etwas mit der Bewegung zu tun gehabt hätten, keinen der Herren kennen, und bereit seien, vor dem deutschen Gericht im Saargebiet diese Aussage zu wiederholen. Der Zeuge hatte behauptet, Nöbling habe der autonomistischen Bewegung eine Subvention von 20 Millionen Mark zufließen lassen.

„Lufatate“. In dem Voruntersuchungsverfahren gegen den „Lufatate“-Fabrikanten Hiller hat der Untersuchungsrichter in Hannover dessen Festnahme angeordnet. Der Aufenthalt Hillers ist der Polizei zurzeit unbekannt.

Letzte Nachrichten

Briands Befinden

Wien, 8. Mai. (Tel.) Ein französischer Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Die Tatsache, daß Briand möglicherweise nicht wohl genug sein wird, um der kommenden Session des Völkerbundesrates beizuwohnen, wird sich vielleicht als eine erste Schwierigkeit erweisen. Der Außenminister beabsichtigt, sich sobald wie möglich zur Erholung nach Cocheret zu begeben, und viele Leute, die in engerer Berührung mit ihm stehen, sind der Meinung, daß er seine volle ministerielle Tätigkeit nicht vor drei oder vier Monaten wieder aufnehmen können. Es wird erklärt, daß die Ernennung eines interimistischen Außenministers nicht ganz außer Frage stehe. Sollte es dazu kommen, so würde zweifellos Poincaré den Posten übernehmen.

Der „Welt Parisien“ hält es für so gut wie sicher, daß Briand, der sich dann noch in der Konferenzzeit befinden werde, nicht an der Völkerbundstagung im Juni teilnehmen werde.

Washington zu Deutschlands Antwort

Wash., 8. Mai. (Tel.) Dem Staatsdepartement nahestehende Kreise betonen, daß das rasche Eingehen Deutschlands auf den Vorschlag Kellogg's Befriedigung und die zuversichtliche Hoffnung auslöst habe, daß andere Mächte im Laufe der Zeit den gleichen Schritt tun werden. Jedenfalls habe keine Absicht bestanden, Frankreich in irgendeiner Weise zu nahe zu treten. Nach einer Meldung der „Times“ aus Washington erklärte Kellogg, das Staatsdepartement habe in keiner Weise etwas mit der Rede Schurmans in Heidelberg zu tun. Er lehnte im übrigen jeden Kommentar ab.

Die Denez-Angelegenheit

Moskau, 8. Mai. (Tel.) Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet: Die 53 Angeklagten in der Schacht-Angelegenheit, die der wirtschaftlichen Gegenrevolution beschuldigt werden, sind dem Gericht übergeben worden. Eine Reihe der Angeklagten hat die Zugehörigkeit zu einer gegenrevolutionären Organisation eingestanden, deren in Charlow befindliche Zentrale von ehemaligen Grundbesitzern und einigen ausländischen Firmen, darunter auch Knapp und A.G., finanziert wurde.

Die Verteidiger der deutschen Ingenieure. Für die in Rußland verhafteten deutschen Ingenieure, denen die Überreichung der Anklageschrift für die nächsten Tage zugesagt wurde, kommen als Verteidiger die drei von der deutschen Vertretung vorgeschlagenen Mitglieder des hiesigen Anwaltskollegiums, Dolmatowitsch, Dzyg und Worms in Frage, die sämtlich die deutsche Sprache vollkommen beherrschen, so daß eine direkte ungehinderte Verständigung den Angeklagten und Verteidigern möglich sein wird. Man hofft, daß das Gericht diese Verteidiger zulassen wird. Rechtsanwält Munte, Braunschweig, der Rechtsbeistand der in Rußland verhafteten Ingenieure, ist nach Moskau abgereist.

Die Lage bei Finanzu

Tokio, 8. Mai. (Tel.) Wie aus Finanzu gemeldet wird, sind dort gestern Abend erneut heftige Kämpfe zwischen japanischen und chinesischen Truppen ausgebrochen.

Weking, 8. Mai. Die japanische Brigade, die gestern aus Dairen in Tsingtau eintraf, ist nach Finanzu in Marsch gesetzt worden. — Die japanische Artillerie hat ein chinesisches Flugzeug, das Finanzu überflog, abgeschossen. — Ferner wird gemeldet, daß Marschall Tschangtsolin seine Truppen auf die von der Peking-Tschantau-Bahn gebildete Linie zurückgezogen hat.

Nach einer Meldung aus Schanghai erwägt die Regierung von Nanking, die Vorfälle in Finanzu dem Völkerbund zu unterbreiten. 2000 japanische Truppen sollen in Tsingtau gelandet worden sein, hätten aber wegen mangels an rollendem Material nicht nach Finanzu vordringen können. Die Schantungsbahn sei verschiedentlich von den Chinesen unterbrochen worden.

Gescheiterte Lohnverhandlungen im ober-schlesischen Bergbau

Wien, 8. Mai. (Tel.) Die für gestern angesetzten Lohnverhandlungen im ober-schlesischen Bergbau sind gescheitert. Die Arbeitnehmer forderten Gleichstellung der Erzgruben und Koksereien mit den Steinkohlengruben im Lohn und Erhöhung der Löhne um 20 Proz. Da seitens der Arbeitgebervertreter die Erklärung abgegeben wurde, daß sie diesen Forderungen nicht entsprechen können, wurden die Lohnstreikigkeiten dem Schlichter zur Entscheidung unterbreitet, der für Montag (14. Mai) neue Verhandlungen angesetzt hat.

* Die deutsche Volkspartei und die grosse Koalition

In seiner gestrigen Wahlrede in Karlsruhe hat sich der der Deutschen Volkspartei angehörende Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius auch zur Frage der zukünftigen Koalitionspolitik geäußert. Er trat mit aller Offenheit für die Bildung der großen Koalition im neu zu wählenden Reichstag ein. Ein Zusammengehen mit den deutschnationalen hält er für ausgeschlossen und meint auch, daß die Koalition vom Zentrum bis zu den deutschnationalen schon lange vor dem eigentlichen Zusammenbruch der Koalition entschlossen gewesen, die Front der verantwortungsbewussten Mitarbeiter zu verlassen und wieder in die Opposition überzugehen. Auch der bisherige Verlauf des Wahlkampfes lasse klar erkennen, daß die deutschnationalen in der kommenden Reichstagsperiode Oppositionspartei sein werden.

Wir halten diese Auffassung für durchaus richtig. Was man bisher über die Wahlreden der deutschnationalen Abgeordneten und Agitatoren gelesen hat, ist so geartet, daß es ihren früheren Koalitionsgenossen wohl auf längere Zeit hinaus die Luft zur Zusammenarbeit nehmen wird. Dieser Lage hat sich der Pressedienst der Deutschen Volkspartei offiziell gegen die Agitation der deutschnationalen gewandt und von neuem unter Zitierung der nötigen Beweisdokumente festgestellt, daß die Locarnopolitik von jeher unter Zustimmung der deutschnationalen Volkspartei bzw. führender Persönlichkeiten dieser Partei betrieben worden ist. Der erste deutsche Minister, der überhaupt Frankreich einen Rheinlandpakt angeboten habe, sei der deutschnationale Außenminister des Kabinetts Cuno gewesen, Herr von Rosenberg. Stresemann habe ausdrücklich auf dieses Anerbieten zurückgegriffen. Und auch die deutsche Note vom 20. Juli 1925 an Frankreich sei von allen Parteien des Reichstags einschließlich der deutschnationalen gebilligt worden; dagegen hätten nur die Kommunisten und Böllischen gestimmt. Der deutschnationale Reichsminister Schiele aber habe bereits im Verlauf des Ministerrats vom 19. Oktober 1925 erklärt, daß „er mit einem lauten Ja antworten werde, wenn es sich um die allgemeine Billigung der Arbeit der deutschen Locarnodelegation handle“. Es ist ein ausichtsloses Unterfangen der deutschnationalen, die Dinge jetzt so hinzustellen, als ob sie gegen Locarno gewesen seien. Soweit die offizielle Haltung der Partei in Betracht kommt, war sie für die Locarnopolitik.

Dr. Curtius wird jedenfalls wohl gewußt haben, was er sagte, wenn er ein Aufleben der Rechtskoalition für absehbare Zeit als undenkbar bezeichnete. Seiner Meinung nach gibt es nur eine Koalition, die wirklich gute Aussichten hat, nämlich die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten. Die Wiederkehr der Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum) hält Dr. Curtius auch dann nicht für wahrscheinlich, wenn sie sich nach dem Wahlergebnis ziffernmäßig als möglich erweisen sollte. Die Deutsche Volkspartei habe sich jedenfalls immer bereit gefunden, über die gemeinsame Bildung einer Regierung auch mit den Sozialdemokraten zu verhandeln. Helfen könne uns nur eine Politik der Mitte und des Ausgleichs. Nach der Ansicht des Herrn Dr. Curtius war auch die letzte Koalition eine Koalition der mittleren Linie mit Heranziehung der Rechten zur Mitarbeit. Wenn die Rechte jetzt ausscheidet, müsse derselbe Versuch gemacht werden, müsse der Kurs der Mitte fortgesetzt werden, dann aber unter Heranziehung der Kräfte von links.

Die Ausführungen des Herrn Dr. Curtius sind überaus bedeutsam. Sie dürften den Gedankengängen Dr. Stresemanns vollkommen entsprechen. Ob sie dem rechten Flügel der Partei, ob sie speziell dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Dr. Scholz, sehr gefallen werden, das ist allerdings eine andere Frage. Man darf die Tatsache nicht ganz übersehen, daß im Norden in den Wahlversammlungen der Deutschen Volkspartei auch andere Töne angeschlagen werden als die in Karlsruhe von Dr. Curtius vernommenen. Wahlredner der Deutschen Volkspartei haben dort den Bruch mit den deutschnationalen rückhaltlos bedauert und betont, daß doch eigentlich politisch und gefühlsmäßig keine großen Gegensätze zwischen den deutschnationalen und Deutschvolksparteilern beständen.

Mit der Beilage: 23. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Es ist müßig, sich heute schon den Kopf zu zerbrechen über die Art und Weise, wie man am besten die neue Regierungskoalition zustande bringen wird. Dennoch bleibt die Rede von Dr. Curtius interessant genug. Denn sie unterstreicht die Erkenntnis der letzten Monate, daß jedenfalls eine Koalition unter Beteiligung der Deutsch-nationalen fürs erste so gut wie unmöglich ist. Daß die große Koalition für das Reich und sein Wohlergehen das Beste wäre, weiß man zumal in Baden schon seit langem. Und hier bei uns würde sicherlich die Verwirklichung der Idee der großen Koalition begrüßt werden.

Die Behandlung der Katholiken in Mexiko

In einem der größten Säle Berlins versammelten sich, wie die „Germania“ berichtet, Montagabend mehrere tausend Katholiken zu einem Protest gegen die kirchenfeindlichen Maßnahmen der Regierung von Mexiko. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden der Neuen Katholischen Aktion für Berlin, Delegaturat Krensch, nahm Vater Mariusz, S. J., das Wort. Er behandelte in längerer Rede zunächst die Vorgeschichte der kirchenfeindlichen Bewegung in Mexiko und schilderte dann die Maßnahmen, die die gegenwärtige Regierung Mexikos gegen die Kirche ergreife. Die Rede schloß mit einem Protest und einem Kampfausruf gegen die Regierung Calles. Sodann sprach, von der Versammlung stürmisch begrüßt, der Erzbischof von Durango (Mexiko), Josef Maria Gonzalez von Valencia. Nachdem er die Lage Mexikos in eingehender Weise geschildert hatte, richtete er an alle Deutschen ohne Unterschied der Weltanschauung die Bitte, der Liga zur Verteidigung der Religionsfreiheit in Mexiko, auf der die ganze Hoffnung der mexikanischen Katholiken beruhe, uneingeschränkte Hilfe zu gewähren. — Die Versammlung nahm nach weiteren Ausführungen des Erzbischofs Dr. Deitmar eine Reihe von Entschuldigungen an und sandte ein Telegramm an den Papst.

Die geplante Reichsbahnverkehrsverbesserung. Der sozialdemokratische Pressedienst will erfahren haben, daß der Reichsverkehrsminister Dr. Koch die mit dem Übergang zum Zweiklassen-system verbundene Erhöhung der Fahrpreise IV. Klasse bereits genehmigt habe. Von zuständiger Seite wird hierzu erklärt, daß der Reichsverkehrsminister zur Deutschnation der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die erst vor wenigen Tagen eingegangen ist, noch in keiner Richtung Stellung genommen hat. Die Schlussfolgerungen des sozialdem. Pressedienstes werden damit hinfällig.

Maßnahmen gegen die Umgehung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen. Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere die Aufnahme einer Anleihe der Stadt Köln in Holland ohne Zustimmung der Beratungsstelle, haben, wie die „Tägl. Rundschau“ erzählt, der Reichsregierung Veranlassung gegeben, an die Regierungen der einzelnen Länder heranzutreten mit dem Ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft ein derartiges Verfahren unmöglich gemacht wird. Dem Blatt zufolge hat Preußen bereits zugesagt, auf aufsichtsbehördlichem Wege den Kommunen die Aufnahme von indirekten Auslandsanleihen ohne Zustimmung der Beratungsstelle in Zukunft unmöglich zu machen. Die Stellungnahme der übrigen Länder steht noch aus.

18 Parteien in Württemberg. Bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Württemberg-Hohenollern bewerben sich 18, bei den Landtagswahlen 16 Parteien. Unter den Parteien, die Wahlvorschläge für die Reichstagswahlen eingereicht haben, befinden sich neben den Splitterparteien Volksrechtspartei, Christlichsozialer Reichspartei, Deutsche Haus- und Grundbesitzerpartei, Evangelische Volksgemeinschaft (wie in Baden), erstmals die Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands sowie eine Partei, die sich den merkwürdigen Namen „Ganz parteilos, nur für des Volkes Wohl“ zugelegt hat. Der Bauern- und Weingärtnerbund hat bei der Reichstagswahl seinen Wahlvorschlag an denjenigen des Landbundes angehängt.

Wegen des Warschauer Attentats auf den Sowjet-Handelsvertreter in Warschau hat Rußland zwei Noten an Polen gerichtet, in deren letzter erklärt wird, daß eine derartige Lage nicht mehr geduldet werden dürfe und daß ernsthafte, entscheidende Maßnahmen getroffen werden müßten, um der Sowjet-gefahr abzuwehren. Es werden außerdem Maßnahmen zur radikalen Beseitigung der terroristischen Tätigkeit der „weißen Emigranten“ verlangt.

Kurze Nachrichten

Abschließender Besuch in Berlin. Es bestätigt sich, daß einige abschließende Herren von Paris nach Berlin gekommen sind, um hier Geschäfte zu besorgen. Von der Einrichtung einer abschließenden Gefandtschaft, von der berichtet wurde, ist offiziell nichts bekannt.

Die Lage im Streit der Rheinschiffahrt hat sich weiter verschärft, nachdem in Duisburg auch das Landpersonal an den Umschlagstellen in den Streit getreten ist. In den Mannheimer Rheinhäfen sind alle deutschen Reedern gehörigen Schiffe stillgelegt. Die französischen Schiffe mit 25 Prozent deutscher Besatzung und die schweizerischen mit nahezu 100 Prozent deutscher Besatzung fahren einstellweise noch.

Das englische Frauenstimmrecht. Das englische Unterhaus nahm den Gesetzesentwurf, der den Frauen in gleicher Weise wie den Männern vom 21. Lebensjahr an das Stimmrecht gewährt, ohne Debatte in dritter Lesung an.

Verschiedenes

Zu Ehren der „Bremen“-Flieger

gab die deutsch-amerikanische Handelskammer in New York im Hotel Astor ein Frühstück. Dabei erklärte Hoover: Es besteht ein besonders inniges Verhältnis zwischen der Fliegerei und den internationalen Beziehungen. Das Flugzeug, das einst nur als Kriegswaffe galt, wurde heute zum Friedens- und Förderer des internationalen guten Willens. Freiherr von Günter wies unter großem Beifall in einer Rede auf das Hilfswort Hoover für Deutschland hin. Am dem Frühstück nahm auch Professor Junkers teil, der ebenfalls Gegenstand lebhafter Ovationen war.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der nordöstliche Nebelverlauf mit hohem Druck über Nordwesteuropa und einer Tiefdruckrinne, die von Nordschwedens über die Ostsee bis nach Italien reicht, ist jetzt hergeköhlt; dem Zustrom polarer Luft steht damit der Weg nach dem Festland offen. Die bereits bei uns eingetretene Abkühlung wird sich daher in den nächsten Tagen noch verschärfen. — Wetterausblick für Mittwoch: Weitere Abkühlung, wolfig und zeitweise Regenschauer bei nördlichen Winden, im Hochschwarzwald Niederschläge in Cadnee übergehend.

Aus der Wahlbewegung

31 Parteien

Unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, Professor Dr. Wagmann, trat am Montag am Tag des Ablaufens der Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen, der Reichswahlprüfungsausschuss zusammen, um den Stimmzettel für die Reichstagswahlen endgültig festzustellen. In der Sitzung ergab sich eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob der Reichswahlprüfungsausschuss oder der Reichswahlleiter die Berechtigung habe, die Benummerung der einzelnen Parteien auf dem Stimmzettel endgültig vorzunehmen. Besonders wurde daran Anstoß genommen, daß der Reichswahlleiter die linken Kommunisten als eine im Reichstag bisher schon vertretene Partei angesehen und ihnen die Nummer 8 auf dem Stimmzettel gegeben hat. In der Beschlusssitzung kam jedoch zum Ausdruck, daß man eine Änderung der bereits in der Bekanntmachung des Reichswahlleiters angegebenen Nummern im jetzigen Zeitpunkt nicht mehr vornehmen wolle. Der Reichswahlleiter hat sich die letzte Entscheidung vorbehalten, aber eine Änderung der bisher mitgeteilten Benummerung wird auch er voraussichtlich nicht vornehmen.

Insgesamt wird der amtliche Stimmzettel 31 verschiedene Parteien aufzuführen. Von den eingegangenen 33 Anträgen sind zwei zurückgewiesen worden.

Die ersten 12 Reichswahlvorschläge sind von folgenden Parteien eingereicht: 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2. Deutschnationale Volkspartei, 3. Deutsche Zentrumspartei, 4. Deutsche Volkspartei, 5. Kommunistische Partei (Thälmann usw.), 6. Deutsche Demokratische Partei, 7. Bayerische Volkspartei, 8. Linke Kommunisten (Urban, Schöler usw.), 9. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), 10. Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Strasser, Feder, Dr. Frid usw.), 11. Deutsche Bauernpartei (Dr. Fehr, Kerschbaum usw.), 12. Völkisch-nationaler Block (v. Gräfe, Döring usw.).

Landvolk- und Landbündler gibt es nicht weniger als drei. Darunter ist auch die Liste der sogenannten Christlich-sozialen Bauern- und Landvolkpartei, die an der Spitze den bisherigen Abg. Hepp und an zweiter Stelle den Direktor v. Engel vom Reichslandbund aufweist. Von den Aufwertungspartien wird eine von dem bisherigen Abgeordneten Dr. Best und dem Grafen Hofabowitz-Belmer geführt, andere scheinen lokale oder regionale Veranstaltungen zu sein. Die Liste der Christlich-Sozialen Reichspartei enthält an der Spitze Dr. Erlen (Belber) und Ritus Keller (Würzburg). Folgende Parteien gibt es noch: Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, Hauswirte-Partei, Reichsblock der Geschädigten, Antipolitische Liste der Kriegsgeschädigten, Aufwertungspartei, zwei Volksparteien, eine Volkspartei, Zentrumspartei Niederfachern und eine Liste revolutionärer Kommunisten.

Reichswahlminister Dr. Curtius in Karlsruhe

In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei im Kongresshaus zu Karlsruhe sprach Montagabend Reichswahlminister Dr. Curtius.

Er ging aus von der Außenpolitik und bezeichnete als die schwerste noch bevorstehende Aufgabe die Räumung des Rheinlandes und die Revision des Dawesplanes. Er wandte sich gegen die deutsch-nationale Kritik der Verständigungspolitik, hinter die sich das deutsche Volk seit dem Jahre 1924 in seiner überwiegenden Mehrheit gestellt hat. Der Redner erwähnte, daß man neben den Beziehungen zu den Westmächten auch Beziehungen zu anderen Mächten gesucht und gefunden habe. Die einzige Rettung für die Zukunft werde sein, unsere Wirtschaft nach dem Osten hin zu entwickeln. Zu begrüßen sei auch die Annäherung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Zur Innenpolitik übergehend, führte der Redner aus, daß der Kampf um die Staatsform weggefallen sei. Wichtig sei eine Reform des Parlamentarismus, die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Ferner bedürfe der Reichstages einer gründlichen Reform. Es müsse die Öffentlichkeit der Ausschusshandlungen herbeigeführt werden. Notwendig sei ferner eine Selbstbeschränkung der Ausgabebefreiheit des Reichstages. Als notwendig erweise sich ferner eine Reform des Wahlrechts, wir brauchen kleinere Wahlkreise, um eine engere Verbindung der Wähler mit den Abgeordneten herzustellen. Zur Frage der Reichsreform bemerkte der Redner, daß es höchste Zeit sei, endlich einen Plan dem Volke vorzulegen. Der Weg könne nicht zurückgehen zur Bismarckschen Verfassung. Vorwärts streben, heißt zur Einheit zu kommen. Auch die Verwaltungsreform müsse baldigt durchgeführt werden und der Redner meinte, es würde nichts schaden, wenn der Sparkommissar auch einmal nach Karlsruhe kommen würde, um seine Erfahrungen mit der badischen Regierung auszu tauschen. Der Redner vertritt die Auffassung, daß die Länderparlamente überhaupt in Wegfall kommen könnten, dadurch wäre der Weg zum Einheitsstaat wesentlich erleichtert. Der Redner verteidigte dann im weiteren Verlaufe seiner Rede die Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Reichsschulgeheimverbot. Nachdem die Partei die Simultanschule in Baden gefordert habe, habe sie sich nur auf den Boden der Verfassung gestellt und nicht koalitionswidrig gehandelt.

Zum Schluß behandelte der Redner Koalitions- und Regierungsbildungsfragen. Er sagte sich dafür ein, daß man den Weg, den die Interessengruppierungen im Wahlkampf gehen, verlassen müsse. Große politische Probleme könnten nur von großen Weltanschauungsparteien einer Lösung entgegengeführt werden. Der Minister trat auch für die Zukunft für eine Politik der Mitte ein, von der aus man die Kräfte von links zur Mitwirkung an der Regierung heranziehen sollte.

Am Mittwoch, den 16. Mai, wird Reichsfinanzminister Dr. Brüder, in einer Wahlversammlung des Zentrums im großen Festhallsaal zu Karlsruhe sprechen.

Am Sonntag, den 13. Mai, veranstaltet die Sozialdemokratische Partei in der „Linde“ zu Kaffatt eine Wählerversammlung, in der der Parteivorstand die Wähler als Redner auftreten wird.

Der demokratische Wahlausruf

In einem Wahlausruf der Deutschen Demokr. Partei, der kürzlich veröffentlicht wurde, wird nach einer Kritik der Tätigkeit der Reichsregierung im Reich u. a. ausgesprochen: Wir treten ein für eine Politik der Verständigung, wie wir sie schon seit 9 Jahren geführt, schon zu einer Zeit, als diese Politik, noch aufs heftigste angefochten, unserem Führer Rathenau das Leben kostete. Darüber hinaus legen wir, stützend auf der Grundlage des deutschen Nationalstaates, ein zukunftsreiches Bekenntnis ab zur wachsenden Gemeinschaftsarbeit der Völker auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Wir bekennen uns vorbehaltlos zur Staatsform der Republik, die uns Herzenssache ist, zur Regierungsform der Demokratie und zur Erfüllung unseres Staates mit sozialem Volksgesinn. Wir verlangen den deutschen Einheitsstaat, zugleich mit einer Neugliederung des Reiches, der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern und weitestgehender Selbstverwaltung, auf deren Erhaltung und Fort-

weiterung die Republik härteres Gewicht zu legen hat als bisher. Grundidee unserer inneren Politik aber ist uns für alle Zeit der Gedanke der Volksgemeinschaft, für den wir eintreten gegenüber den Parteien, die den Gegensatz zwischen „national“ und „marxistisch“, zwischen Stadt und Land, zwischen den Ständen, Konfessionen und Klassen zu verschärfen suchen. Unser Schulideal ist die Gemeinschaftsschule, die das Einheitsliche des deutschen Kulturgutes gegenüber dem Trennenden der Weltanschauungen und Konfessionen betont.

Wir verlangen freie Gestaltung der Wirtschaft, die Raum läßt für Kraft, Unternehmungsgeist und Vorwärtstreben des einzelnen. Deshalb ist uns die Erhaltung und Förderung eines freien, verantwortungsbewussten, selbständigen Mittelstandes wesentlichste Aufgabe. Wir halten eine auf beiderseitiger Gleichberechtigung fußende Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern für eine unentbehrliche Voraussetzung des sozialen Friedens. In der Außenpolitik lehnen wir sowohl eine protektionistische Schutzpolitik wie eine reine Konsumentenpolitik ab und verlangen stattdessen die Förderung einer Handelsvertragspolitik, wie sie zur Ernährung und Beschäftigung unserer auf engem Raum zusammengebrängten Völker notwendig ist. Die menschliche Arbeitskraft gilt uns als das wichtigste Gut der Volkswirtschaft. Unser Ziel ist deshalb der soziale Volksstaat, gegründet auf eine gesunde Volkswirtschaft, aber orientiert nach sozial-ethischen Gesichtspunkten.

Badischer Teil

Die neue Prüfungsordnung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten

In der neuesten Nummer des Amtsblattes des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts ist eine Verordnung des Staatsministeriums erschienen, die die Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten betrifft. Danach findet diese Prüfung in der Regel einmal jährlich am Sitz des Unterrichtsministeriums vor einem Ausschuss statt, der aus Hochschullehrern und Schulmännern besteht. Für die Zulassung zur Prüfung ist erforderlich, daß der Bewerber das Reifezeugnis eines öffentlichen deutschen Gymnasiums oder Realgymnasiums oder einer öffentlichen deutschen Oberschule oder Aufbauschule erworben, und mindestens acht Halbjahre an einer Universität (dabei mindestens sechs Halbjahre an einer Universität des Deutschen Reiches und davon mindestens zwei Halbjahre an einer badischen Landeshochschule) seinem Berufsstudium obgelegen hat. Während des akademischen Studiums muß jeder Bewerber eine philosophische und eine pädagogische Hauptvorlesung besucht und sich mindestens ein Halbjahr an philosophischen Übungen beteiligt haben. Außerdem muß er an wissenschaftlichen und praktischen Übungen in den für die betreffenden Fächer eingerichteten Hochschulfeminarien, Laboratorien und Instituten und an Lehrausschüssen erfolgreich teilgenommen haben. An den Übungen in Turnen und Sport ist eine Beteiligung von mindestens zwei Halbjahren erforderlich.

Die Prüfung zerfällt in eine allgemeine Prüfung (Philosophie) und in eine Fachprüfung. In der allsprachlichen Abteilung werden geprüft: Latein und Griechisch als Hauptfächer, wobei als Nebenfächer 1. Deutsch, 2. Französisch, 3. Englisch, 4. Geschichte, 5. Geographie hinzutreten können. In der neusprachlich geschichtlichen Abteilung sind Prüfungsgegenstände: 1. Deutsch, 2. Latein, 3. Französisch, 4. Englisch, 5. Geschichte, 6. Geographie. Jedes dieser Fächer kann als Haupt- oder Nebenfach gewählt werden.

Jeder Bewerber der allsprachlichen und der neusprachlich geschichtlichen Abteilung hat für die Fachprüfung drei der für jede Abteilung vorgesehenen Fächer zu wählen, davon zwei als Hauptfächer. Die mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung umfaßt drei Gruppen. In der mathematisch-physikalischen Abteilung sind als Hauptfächer zu wählen: Chemie und Physik (dazu als Nebenfach entweder Mathematik oder Geologie mit Mineralogie oder Biologie) oder Chemie und Biologie (dazu als Nebenfach entweder Physik der Geologie mit Mineralogie der Geographie) oder Chemie und Geologie mit Mineralogie (dazu als Nebenfach entweder Biologie, oder Geographie, oder Physik). In der geographisch-naturwissenschaftlichen Abteilung sind Hauptfächer entweder Geographie und Biologie (dazu als Nebenfach entweder Chemie oder Geologie mit Mineralogie) oder Geographie und Geologie (dazu als Nebenfach Biologie oder Chemie).

Ferner können Prüfungen in folgenden Zusatzfächern abgelegt werden: 1. Philosophie, 2. Pädagogik, 3. Debräisch, 4. Italienisch, 5. Spanisch, 6. Vergleichende Sprachwissenschaft, 7. Staatsbürgerkunde, 8. Volkshunde, 9. Musikwissenschaft, 10. Kunstgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 11. Angewandte Mathematik, 12. Meteorologie, 13. Preisübungen.

Wer sich der Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Schulen unterziehen will, erhält zwei Aufgaben zur häuslichen Bearbeitung, die eine für die Allgemeine Prüfung die andere für die Fachprüfung aus einem der vom Bewerber gewählten Hauptfächer. In der Regel ist jeder Bewerber für sich zu prüfen. Mehr als drei Bewerber dürfen zu einer Prüfung nicht vereinigt werden. Die Prüfungsgebühren betragen für eine vollständige Prüfung 100 M., für eine Ergänzungs- oder Erweiterungsprüfung 50 M. Im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit kann dem Bewerber die Prüfungsgebühr teilweise oder ganz erlassen werden.

Evang. Landesynode

Die nächste öffentliche Plenarsitzung findet am Mittwoch, den 9. Mai, nachmittags 2/4 Uhr im Landtagsgebäude statt.

Auswanderung aus Baden

Im Januar wanderten 452 Personen nach Übersee aus. Gegenüber Dezember bedeutete das eine normale, saisonmäßig bedingte Steigerung um 117 Personen. Gegenüber dem Beginn des Vorjahres, wo im Januar nur 256 Personen auswanderten, läßt sich die Auswanderung in diesem Jahre bedeutend lebhafter an.

Das Mannheimer Handelskammerjubiläum

Für das Handelskammerjubiläum und die Tagung des Deutschen Industrie- und Handelsstages in Mannheim ist folgendes Programm in Aussicht genommen: Sonntag, 24. Juni: Festakt anlässlich des 200jährigen Jubiläums der Organisation des Mannheimer Handelslandes; abends Illumination des Friedrichsplatzes durch den Verkehrsverein. Montag, 25. Juni: nachmittags Sitzung des Fahrplanausschusses des Deutschen Industrie- und Handelsstages. Dienstag, 26. Juni: nachmittags Vorstandssitzung des Deutschen Industrie- und Handelsstages. Mittwoch, 27. Juni: vormittags 10 Uhr Hauptversammlung des Deutschen Industrie- und Handelsstages; 7 Uhr abends Festessen im Rosengarten, zugleich anlässlich des Handelskammerjubiläums unter Beteiligung von Vertretern des Handelskammerbezirks. Donnerstag, 28. Juni: auf Einladung von Stadt und Verkehrsverein Schwenningen Besuch von Schwetzingen.

Landesausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege

Am Samstag und Sonntag fand in Konstanz die Landestagung des Badischen Landesausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege statt. Am Samstag nachmittag traten die Vertreter der Ortsausschüsse zunächst unter sich und dann anschließend mit dem Gesamtvorstand und den Verbandsvertretern zur Vorbereitung für die eigentliche Hauptversammlung zusammen. Abends fand im Kongresssaal ein Begrüßungsabend statt, bei dem der Stadtausschuss durch seinen ersten Vorsitzenden **Vernhard** die Tagungsteilnehmer willkommen hieß und Bürgermeister **Knaupp** die Stadt Konstanz vertrat. Aus turnerischen Vorführungen, Darbietungen der Konstanzer Infanterieregimentskapelle und Gesangsvorträgen war ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt.

Am Sonntag vormittag fand in den Stadtkirchen ein Festgottesdienst statt und um 11 Uhr nahm die Hauptversammlung im kathol. Vereinshaus St. Johann mit einleitenden Worten des 1. Vorsitzenden, Polizeioberleutnant **Brenner**, Karlsruhe, ihren Anfang. Die Regierung war durch Oberregierungsrat **Wessmer**, Karlsruhe, der Landtag durch den Vorsitzenden des interfraktionellen Ausschusses für Leibesübungen, **Dr. Wolfhard**, Mannheim, vertreten. Auch die staatlichen städtischen und kirchlichen Behörden hatten zur Landestagung ihre Vertreter entsandt. Nach einem Vortrag, in dem sich Diözesanpräses **Birch**, Freiburg, mit dem Thema: „Arbeit und Freude im Leben des Jugendlichen“ befaßte, wurde der gedruckt im Nachrichtenblatt niedergeliegte Jahresbericht vom Vorsitzenden kurz behandelt.

In der geschlossenen Mitgliederversammlung erfolgte dann nach Erläuterung des Jahresberichtes einstimmig die Entlastung des Gesamtvorstandes. Ein Antrag des Ortsausschusses Vörsach auf Übertragung der nächsten Landestagung fand die Zustimmung der Mehrheit. Auf Vorstandsantrag wurde die Verleihung von Ehrenbriefen an besonders verdiente Mitglieder einstimmig beschlossen. Dem der Versammlung vorgelegten Vorschlag für die Vorstandswahl wurde einstimmig Zustimmung erteilt. Das Amt des ersten Vorsitzenden, das turnusgemäß alle drei Jahre zwischen den Abteilungen Leibesübungen und Jugendpflege gewechselt wird, wurde dem Professor, Präses **Wessmer**, Karlsruhe, übertragen. Der geschäftsführende Vorstand wird bei der nächsten Sitzung des aus 12 Herren der Abteilung Leibesübungen und 12 Herren der Abteilung Jugendpflege und einem Vertreter der Ortsgruppen bestehenden Gesamtvorstandes von diesem aus seinen Reihen gewählt. In einer einstimmig gefassten Entschließung bezüglich der Freizeit der Jugendlichen wird die badische Regierung gebeten, die für unerlässlich zu erachtenden Forderungen bei der Reichsregierung zu vertreten. Zwei weitere ebenfalls einstimmig zustandegekommenen Entschlüsse eruchen um Erhöhung der in Aussicht genommenen gegenüber früher wesentlich gekürzten staatlichen Beihilfe für die Zwecke der Jugendpflege und um Anwendung der Mindestsätze bei Berechnung von Verwaltungsgebühren für die Leibesübungen und Jugendpflege treibenden Vereine. Schließlich behandelte **Dr. Duras**, Freiburg, die Bestrebungen des deutschen Artzgebundes zur Förderung der Leibesübungen und die für die Errichtung von Sportplatzstellen zu schaffenden Voraussetzungen.

Eine Motorbootfahrt nach Überlingen mit Besichtigung der dortigen neuen Jugendherberge und eine abendliche Stadtparkbeleuchtung in Konstanz mit Konzert schlossen die Landestagung.

Selbsthilfe badischer Kriegsblinder e. V.

Die Selbsthilfe badischer Kriegsblinder e. V. hielt am Sonntag, den 6. Mai 1928, in Karlsruhe ihre Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Kreisleiters Hauptlehrer **Wölke** ab. Aus dem Geschäftsbericht über das Jahr 1927 ist zu entnehmen:

Mit dem 31. Dezember 1927 schloß das zweite Geschäftsjahr der Selbsthilfe badischer Kriegsblinder e. V. Der geschäftsführende Ausschuss betrachtete es als seine wichtigste Aufgabe, zunächst die Kasse der Selbsthilfe so zu kräftigen, daß der Verein in der Lage ist, seine sachgemäßen Bestrebungen zu erfüllen. Durch eine Warenlotterie veruchte man den finanziellen Erfolg zu bekommen.

Die Zahl der unterstützten Mitglieder beträgt etwa 950 und hat sich im abgelaufenen Jahre um rund 160 erhöht. Von einer Werbung unterstützender Mitglieder in größerem Umfang wurde mit Rücksicht auf die Warenlotterie Abstand genommen. Die Beiträge unterstützender Mitglieder beliefen sich auf 4075,79 RM. Weiteren Aufschuß über die finanziellen Verhältnisse der Selbsthilfe badischer Kriegsblinder gibt der vorgelegte Rechenschaftsbericht für das Jahr 1927. Die Kasse wurde sachgemäß zweimal geprüft und in Ordnung befunden.

Der geschäftsführende Ausschuss hielt 11 Sitzungen ab. Es wurden dabei 62 Einzelgesuche erledigt. Darunter waren 24 Gesuche um Darlehen, 16 Anträge auf Beihilfe, 16 Gesuche um Erholungsbeihilfen und 6 Anträge um Konfirmationsbeihilfen, 2 Darlehensgesuche und 2 Beihilfegesuche wurden mangels genügender Begründung abgelehnt. An Darlehen wurden insgesamt 7450 RM, an Beihilfen 5008,72 RM und an Erholungsbeihilfen 630 RM bewilligt. Die Witwen verstorbener Kameraden erhielten jedes Vierteljahr eine Beihilfe von 20—25 RM. Die gesamten Beihilfen betragen 5638,72 Reichsmark. Die Darlehen waren unverzinslich und konnten in bequemen Monatsraten zurückbezahlt werden. Es ist mit Befriedigung festzustellen, daß die Rückzahlungen im großen und ganzen regelmäßig eingingen.

Aus dem Jahresbericht und dem Rechenschaftsbericht ergibt sich, wie gegenwärtig und notwendig die Selbsthilfe ist. Die Notwendigkeit der Selbsthilfe wird in Zukunft noch vielmehr in Erscheinung treten. Alle Mitglieder werden aufgefordert, nach Kräften zur Förderung der Selbsthilfe badischer Kriegsblinder beizutragen.

Aus den Parteien

Die Kandidaten des badischen Landtages. Für die Reichstagswahlen kandidieren in Baden in drei verschiedenen Wahlvorschlägen: Herr **Hermann Gebhard** aus Eppingen als Nr. 2 hinter dem seitherigen Reichstagsabgeordneten **Hanemann** auf der deutschnationalen Liste. **Mühlentischer** **Junker** aus Mingsheim als Nr. 1 bei der neuen christlichen nationalen Bauern- und Landvolkpartei. **Kaufmann Kläiber** (Gebhard's Gegner im badischen Landtag), als Nr. 2 hinter dem Herrn von **An** auf der Liste der wirtschaftlichen Vereinigung.

Das badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 18 enthält das in der letzten Sitzung des Badischen Landtags angenommene Landesjustizgesetz; ferner eine Verordnung und Bekanntmachung des Justizministers zum Vollzug des Gesetzes über die wandelbaren Bezüge der Rotare sowie Änderung der Dienstweisung für die Gemeindegerichte.

Beitrag der Stadt Baden-Baden zu dem Pferderennen. Die Stadt Baden-Baden wird zu den diesjährigen internationalen Pferderennen einen festen Zuschuß von 32 000 RM gewähren, so daß die Rennen als gesichert gelten können.

Gemeinde-Rundschau

Neubau einer Gewerkschule in Mannheim. Der Gewerbetreibenden- und Handwerkerverband e. V. Mannheim hat in einer Eingabe an die Stadtwahlverwaltung auf die Dringlichkeit der Errichtung einer Gewerbeschulneubaus hingewiesen. Der Verein hebt hervor, daß schon seit Jahren die Entwicklung des Gewerbeschulwesens in Mannheim durch überaus großen Raumangel gehemmt ist. Durch die Errichtung eines Gewerbeschulneubaus würde der überaus großen Raumnot aller Fachschulen, der 3 Gewerbeschulen mit ihren rund 5500 Besuchern und nur 42 Lehrsälen, sowie der zwei hiesigen Handelschulen mit ihren rund 4000 Besuchern und nur 43 Lehrsälen abgeholfen werden können.

Der Bürgerausschuss Eittingen beschäftigte sich mit der Beibehaltung der Beamten und Angestellten der Stadtgemeinde. Der Mehrheitsvorstand der Gemeinde durch diese Vorlage beträgt etwa 32 000 RM, derjenige für die Schule etwa 20 400 RM, welche beide durch Gemeindegeld aufgebracht werden müssen. Die Vorlage selbst wurde, nachdem der Gemeinderat jene über die Beibehaltung der Angestellten zurückgezogen hatte bis zur Voranschlagsberatung, nach dem Vorschlag des Gemeinderates mit geringer Mehrheit angenommen, ebenso ein Zusatzantrag der demokratischen Partei. Für bauliche Veränderungen am Schlachthof fordert der Gemeinderat die Summe von 26 200 RM, welche einstimmig bewilligt wurde. Zum Ausbau der Exerzierhalle am Lagarethof in eine Turnhalle wurden 40 000 RM vom Gemeinderat gefordert. Auch diese Vorlage fand einstimmige Annahme.

40 Jahre im Dienste der Gemeinde. Ratsschreiber **Günther** in Schlutenbach (Amt Eittingen) erhielt für seine mehr als 40jährige treue Tätigkeit im Dienste der Gemeinde ein Anerkennungsdiplom des Staatspräsidenten.

Bürgermeisterwahl. Bei der am Samstag abend abgehaltenen Bürgermeisterwahl in **Langensteinbach** (bei Eittingen) wurde Bürgermeister **Schöpfle** wiedergewählt. Von 55 Wahlberechtigten stimmten 33 ab. 44 Stimmen auf **Schöpfle**, 9 Stimmen waren ungültig.

Der neue hiesige Jagd- und Fischereiverwalter in **Baden-Baden**. Anstelle des verstorbenen Oberjägers **Mosenthal** wurde Major a. D. **von Kalinowski** zum hies. Jagd- und Fischereiverwalter ernannt. Die bisherige Oberjägerstelle hat also eine gewisse Erweiterung insbesondere dadurch erfahren, daß die Belange der Fischerei künftig insbesondere starker Weise gefördert und gepflegt werden sollen.

Aus der Landeshauptstadt

Der „Jahrmart für Jung und Alt“ hat am Sonntag sein Ende gefunden. Er wurde von insgesamt 40 000 Personen besucht, so daß auf ein glänzendes Reinertragnis zugunsten des Kinderkolonies Donauheim zu hoffen ist.

Volkshausspiel Eitingen. Am Sonntag, den 3. Juni, wird die Spielgemeinde Eitingen ihren Volkshausstempel für diesen Sommer wieder eröffnen. Es wird wiederum **Schillers** „Wilhelm Tell“ zur Aufführung kommen. Jeden ersten Samstag der Monate Juli, August und September sind besondere Werktagsspielabende vorgesehen, die namentlich auch für die Schulen bestimmt sind.

Beim Flugtag am 13. Mai wird der Karlsruher Flugzeugarabot **Oskar Dimpfel** Darbietungen geben, die über Deutschlands Grenzen hinaus bereits Aufsehen erregt haben. Neben besonderen Kunstleistungen, wie die Entleerungsgänge freihängend an den Höhen und einem Flaggewinken in Kreiselung am Arape bei einer Fluggeschwindigkeit von 130 km die Stunde, führt **Dimpfel** in der Luft eine richtig gehende Gymnastikschule in exakter Weise vor. Er turnt auf der fliegenden Maschine und am Arape herum, als ob er sich auf ebener Erde befände. In seinen Vorführungen hat er sich einen der besten deutschen Kunstflieger erworben, und zwar liegt die Führung der Maschine in den Händen des hier nicht unbekannt Piloten der früheren Udetwerke, **Richard J. Kern**. Zur Ergänzung des Programms wirken noch einige namhafte Piloten mit.

Badisches Landestheater. Am Mittwoch, den 9. Mai, gelangt die neuinszenierte romantische Komödie „**Cyrano von Bergerac**“ von **Mostrand** und am Donnerstag, den 10. Mai, für die „Volkshaus“ **Molnars** Vorstadtlegende „**Altkom**“ zur Wiederholung. Die Erstaufführung des neuen Schauspiel „**Hofberag**“ von **Georg Kaiser** erfolgt am Samstag, den 12. Mai. Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 13. Mai, vielfachen Wünschen entsprechend, **Molnars** Komödie „**Spiegel im Schloß**“ wiederholt werden. Als nächste Erstaufführung befindet sich „**Die kleine Komödie**“ von **Siegfried Geier** für Mittwoch, den 16. Mai, in Vorbereitung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heibelberg, 5. Mai. Der Allgemeine Studentenausschuss der Universität Heidelberg hatte im Januar dieses Jahres mit einfacher Mehrheit den Wiederertritt **Heibelberg**s in die Deutsche Studentenschaft beschlossen. Gegen diesen Beschluß war von einem Teil der Studentenschaft Einspruch erhoben worden, weil er gegen die Satzung verstöße. Das Ministerium als Beschwerdeinstanz hat nunmehr diesem Einspruch stattgegeben und den Wiederertritt **Heibelberg**s in die Deutsche Studentenschaft ausdrücklich untersagt.

Dr. Schweigen, 7. Mai. Unter Kleinod der **Schloßgarten**, hat am gestrigen untergeleitlichen Frühlingssonntag einen nie gesehenen Massenbesuch erlebt. Es wurden allein 11 500 Tageskarten verkauft. Erwähnenswert ist u. a. der Besuch einer kleinen Reisegesellschaft amerikanischer Journalisten. Die größten amerikanischen Zeitungen und die führenden Nachrichtenbüros waren durch ihre Hauptkorrespondenten vertreten. Die Herren kamen von der Ehrenpromotion **Schurmann** und **Dr. Stresemann** in Heidelberg. Sie wurden im Hotel „**Adler**“ von Bürgermeister **Höh** mit einer Ansprache begrüßt. Die Führung durch den Schloßgarten hatte Ministerialrat **Prof. Dr. Hirsch** übernommen.

Hd. Kehl, 8. Mai. Hier verstarb der weit über die Grenzen seiner Heimatstadt, in Baden und Elsaß bestbekannte Besitzer des Hotels „**zur Blume**“, **Georg Helt**, im fast vollendeten 72. Lebensjahr. Lange Jahre gehörte er auch dem Gemeinderat der Stadt Kehl an.

Dr. Freiburg i. Br., 7. Mai. Bei der am 5. Mai stattgehabten zweiten Immatrikulation wurden 1047 Studierende neu aufgenommen. Davon entfallen auf die theologische Fakultät 75, auf die rechts- und staatswissenschaftliche 365, auf die medizinische 267, auf die philosophische 197 und auf die naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät 143. Unter den Immatrikulierten befinden sich 265 Frauen.

Dr. Eittingen, 5. Mai. Seit ihrer Wiedererbetriebnahme weist die **Schwarzwaldfluglinie** eine steigende Benutzung auf. Auch an den Tagen mit recht unglücklicher Witterung konnte der Betrieb aufrecht erhalten werden. Die Beförderung von Postfächern und Frachtfächern mit der Schwarzwaldfluglinie nimmt gleichfalls in erfreulichem Umfang zu.

Handel und Wirtschaft

Deutscher Devisennotierungen

	6. Mai		7. Mai	
	Geld	Reis	Geld	Reis
Amsterdam 100 G.	168.43	168.77	168.49	168.83
Kopenhagen 100 Kr.	112.04	112.26	112.06	112.28
Italien . . . 100 L.	22.00	22.34	22.01	22.05
London . . . 1 Pf.	20.381	20.421	20.382	20.422
New York . . . 1 D.	4.1755	4.1835	4.1765	4.1845
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	80.46	80.62	80.475	80.635
Wien 100 Schilling	58.76	58.88	58.755	58.875
Brag . . . 100 Kr.	12.375	12.395	12.375	12.395

Die **Mannheimer und Rüdener Feuerversicherungsgesellschaft** führt in ihrem Bericht über das Geschäftsjahr 1927 u. a. aus: Der Geschäftsbetrieb erstreckte sich, wie bisher, auf die Feuer- und Diebstahlversicherung, die Unfall-, die Kraftfahrzeug-, die Glas-, die Transport-, die Kraftfahrzeug-, die Unfall- und Haftpflichtversicherung. Im Jahre 1927 setzte sich der wirtschaftliche Aufschwung mit gesteigerter Wirkung fort, wodurch auch dem Versicherungsgewerbe verbesserte Lebensbedingungen und die Möglichkeit der Erholung und Erhaltung gegeben wurden. Die Prämien gingen glatter ein und Ratenzahlungen wurden immer seltener, während sich gleichzeitig das Schadenverhältnis aller Zweige, mit Ausnahme des Haftpflichtgeschäftes, günstiger gestaltete.

Das Gesamtergebnis des Geschäftes gestaltete sich im Vergleich mit demjenigen des Vorjahres wie folgt: a) Prämien: 1927: 23 564 078,14 RM; 1926: 22 287 789,95 RM; mehr 1 276 288,19 RM, davon für eig. Rechnung 1927 11 850 406,98 RM, für 1926 11 298 493,80 RM, mehr 551 913,68 RM; b) Schäden (einschl. Ermittlungskosten) bezahlt und zurückgestellt: 1927: 9 998 172,59 RM; 1926: 10 315 957,36 RM, weniger 317 784,77 Reichsmark; davon für eigene Rechnung 1927 4 762 617,33 RM, für 1926 4 966 268,45 RM, weniger 203 646,12 RM. Der Gewinn aus dem Geschäftsjahre 1927 betrug 2 260 322,52 RM, so daß zuzüglich des Gewinnvortrags aus 1926 von 77 245,64 Reichsmark insgesamt 2 337 568,16 RM zur Verfügung stehen, deren Verwendung wie folgt vorgeschlagen wird: a) Zahlung einer Dividende von 20 RM für die Aktie = bei 60 000 Aktien 1 200 000 RM; b) sachungs- und vertragsgemäße Gewinnanteile 346 453 RM; c) an den gemeinnützigen Fonds 300 000 Reichsmark; d) an den Dividendenersatzfonds 96 500 RM; e) Sonderrücklage für unvorhergesehene Fälle 72 875,34 RM; f) für Pensionszwecke 200 000 RM; g) Vortrag auf neue Rechnung 121 739,82 RM. — Im neuen Geschäftsjahre 1928 wird eine erfreuliche Weiterentwicklung der Prämienneinahme im Gesamtgeschäft festgestellt.

Mannheimer Beamtenbank. Unter Bezugnahme auf den Sitzungsbericht der Mannheimer Beamtenbank macht die Badische Beamtenbank e. G. m. b. H. darauf aufmerksam, daß die Eingabe des Betrages von 250 000 RM durch die Badische Beamtenbank an die Mannheimer Beamtenbank zug um Zug gegen Abtretung der Forderungen der Mannheimer Beamtenbank an ihre Mitglieder in Höhe von rund 630 000 RM erfolgte, so daß die Badische Beamtenbank zu Karlsruhe auf Grund der Bestimmungen des § 30 der Konkursordnung voll gesichert ist, und daß die Badische Beamtenbank Karlsruhe keinen Schaden erleiden kann.

Von den Kraftübertragungswerken Rheinfelden. In der Generalversammlung der Kraftübertragungswerke Rheinfelden N.-G., die Dividende auf 10 Prozent festsetzte, wurde berichtet, das neue Geschäftsjahr habe sich recht gut angebahnt, da die an das Werk angegeschlossene Industrie zur Zeit hinreichend beschäftigt sei, so daß auch der Stromverbrauch befriedigend war. Die Bauarbeiten bei dem Kraftwerk **Rhburg-Schwarzbach**, an dem die Gesellschaft beinahe ausschließlich beteiligt ist, schreiten rüstig voran und bleiben bis jetzt innerhalb der vorgesehenen Baukosten. Mit dem Bezirkverband **Körsch** hat die Gesellschaft neue Verträge für die Versorgung der Gemeinden mit elektrischem Strom abgeschlossen, die bis zum Jahre 1933 laufen und einen Ankauf der Leistungsnetze erstmals im Jahre 1937 für die Gemeinden ermöglichen. Um die bei der Inbetriebnahme des Kraftwerks **Rhburg-Schwarzbach** anfallenden großen Strommengen ausgiebig zu verwerten zu können, erweitert die Gesellschaft heute schon ihren Stromabsatz durch den Zulauf von elektrischer Arbeit.

Zellstoffabrik Waldhof. Die der Aufsichtsratsitzung vorgelegte Bilanz für 1927 weist nach angemessenen Rückstellungen einschl. des Vortrages einen Gewinn von 6 887 040 RM (i. V. 6 260 657 RM) aus, der wie folgt Verwendung finden soll: für Abschreibungen 3 153 963 RM (i. V. 2 660 031 RM), für Zuweisung an die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenunterstützungskasse 200 000 RM (100 000 RM), für Dividendenzahlungen 3 166 700 RM (wie i. V.), für Genussrechte 6 v. H. = 35 400 RM (i. V. 36 486 RM), Vortrag auf neue Rechnung 830 977 RM (297 539 RM). Auf das für das Jahr 1927 dividendenberechtigte Stammkapital von 25 150 000 RM wird demnach wieder eine Dividende von 12 v. H. vorgeschlagen; die Vorzugsaktien erhalten die sachungsmäßige Dividende. — Die Generalversammlung findet am 5. Juni statt.

Staatsanzeiger

Betrieb eines Totalisators durch den **Danauer Rennverein** in **Willsch**.

Dem **Danauer Rennverein** in **Willsch** ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 8. Juli 1928 in **Willsch** stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 4. Mai 1928.

Der Minister des Innern
J. E. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zurückgesetzt:

Polizeiwachmeister **Friedrich Weitzgruber** in Mannheim.





POLIZEILICH GESPERRT

wurden die meisten Flugplätze wegen Überfüllung, wo OSKAR DIMPFL, Karlsruher Flugzeuggymnastiker, gastierte. Der hierzu auserwählte Pilot ist der bekannte Chefpilot RICHARD J. KERN der früheren Udetwerke
Nur noch einige Starts vor der Reise nach Amerika

Parole auf zum Flugplatz Karlsruhe
 am Sonntag, den 13. Mai 1928, nachmittags 3 Uhr

Preise der Plätze: 1. Platz 2 RM, 2. Platz 1 RM, 3. Platz 50 Pf -- Vorverkauf in sämtl. Reisebüros -- Vorführung bei jeder Witterung 573

Gemeindepartasse Jöhlingen

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen		Schulden	
	RM		RM
1. Kassenbestand	5 340,91	1. Spareinlagen	123 213,57
2. Guthaben bei Banken	32 080,71	2. Aufwertung	129 602,53
3. Darlehen auf I. Hypotheken	53 350,-	3. Ausgaberrückstände	1 512,23
4. Darlehen auf Schuldscheine	44 500,-	4. Rücklagen	
5. Darlehen auf Gemeindefonds	5 000,-	a) Geschl. Reservefonds	5 059,58
6. Sonstige Darlehen	—	5. Reingewinn von 1927	1 618,88
7. Aufwertungskapitalien	118 595,90		
8. Einnahmerückstände	1 764,27		
9. Gerätschaften	375,-		
	261 006,79		261 006,79

Berechnung der Rücklagen.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 252 816,10 RM Einlagen	=	20 225,28 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927	=	6 678,46 RM
somit weniger	=	13 546,82 RM

Jöhlingen, den 1. April 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
 Gilling

Der Rechner:
 Kirchgäßner

Im Personenbahnhof Heidelberg sollen während des Betriebs etwa 7300 lfd. m Gleise abgebrochen und etwa 4600 lfd. m Gleisbettung mit Verlegen des Oberbaues aus 120 und 140 mm hohen Schienen und etwa 30 Weichen erneuert werden. Das Bedingniß liegt auf meinem techn. Büro zur Einsichtnahme auf. Angebotsvorbrude sind, soweit der Vorrat reicht, zum Preise von 1,50 RM erhältlich, oder können bei Einlieferung des Betrages in bar (keine Briefmarken) zugänglich von 30 Pf Porto bezogen werden. Die Angebote sind versiegelt und portofrei mit der Aufschrift „Gleisarbeiten im Personenbahnhof Heidelberg“ bis zum Bedingungsstermin am 18. Mai, 1928, 9 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Heidelberg, den 4. Mai 1928. Reichsbahn-Bauamt 2. R. 65

Nachschußverteilung in Höhe von 400,- RM statt Offenburg, 7. Mai 1928. Der Konkursverwalter: Dr. Max Haberer, Rechtsanwält.



Badisches Landes-Theater
 Mittwoch, 9. Mai 1928
 * A 25

Cyrano von Bergerac
 von Rostand
 In Szene gesetzt von Felix Baumbach

- Cyrano
- Reubiette
- Guiche
- Walbert
- Madeleine
- Duenna
- Ragueneau
- Lise
- Le Bret
- Carbon

- Bianchi
- Guign
- Briffaille
- Montfleury
- Fodelet
- Marguerite
- Marthe
- Clair

- Brand
- Gemmede
- Prüfer
- Höder
- Rehner
- Frauentorfer
- Mäderl
- Silber
- Rehner
- Ruhne
- Schneider
- Ostholt
- Schmidt-Rehler
- Weißner
- Graf

- Kadetten
- Musketier
- Erster Marquis
- Zweiter Marquis
- Schellenberger
- Schmidt-Rehler
- Höder
- Center
- Rienscherf
- Schneider
- Reinath
- Opmar
- Reinath
- Wischels
- Opmar
- Mäderl
- Silber
- Ott
- Schneider
- Reyer
- Urcas

- Boeten
- Taschendieb
- Bagen
- Schauspieler

Schauspielerinnen
 Kötter
 Schmitt
 Hindemann
 Milian
 Kleinbus
 Frohmann
 Sauer
 Scholt
 Weidner
 Anfang 10¹/₂ Ende geg. 22¹/₂
 I. Rang und I. Sperrst. 5 RM
 Do. 10. Mai: Bittom
 Fr. 11. Mai: Zum erstenmal
 Cassandra

COLOSSEUM
 Vom 1.-15. Mai täglich 8 Uhr abends
 Sonntag nachmittags 4 und abends 8 Uhr
 Do. 10. Mai: Bittom
 Fr. 11. Mai: Zum erstenmal
 Cassandra
Brasilianische Revue
 Sascha Morgowa

Bunte Sommerstoffe LEIPHEIMER & MENDE

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Bilanz am 31. Dezember 1927

A. Aktiva.		B. Passiva.	
	RM		RM
1. Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital	12 600 000,-	1. Aktienkapital	18 000 000,-
2. Grundbesitz	6 003 435,01	2. Reservefonds (§ 262 G.O.B., § 37 R.V.G.)	2 000 000,-
3. Hypotheken und Grundschuldforderungen	1 516 254,28	3. Prämienüberträge für:	
4. Schuldscheinforderungen gegen öffentliche Körperschaften	100 000,-	a) Feuer-Versicherung	4 215 947,90 RM
5. Wertpapiere	6 573 486,27	b) Einbruchdiebstahl-Versicherung	518 388,22
6. Darlehen	18 384,25	c) Aufrubr-Versicherung	1 026,70
7. Beteiligungen an anderen Versicherungsunternehmen	3 066 486,94	d) Wasserleitungsschäden-Versicherung	102 265,33
8. Guthaben:		e) Transport-Versicherung	72 243,49
a) bei Bankhäusern	6 016 176,96	f) Kraftfahrzeug-Versicherung	385 356,11
b) bei anderen Versicherungsunternehmen aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr	358 228,58	g) Glas-Versicherung	48 799,51
9. Rückständige Zinsen und Mieten	6 374 405,54	h) Unfall- und Haftpflicht-Versicherung	581 176,22
10. Außenstände bei Generalagenten bzw. Agenten	515 124,02	4. Schadenerferven für:	
11. Kassenbestand einschließlich Postfidejussummen	3 171 126,74	a) Feuer-Versicherung	2 609 089,- RM
12. Inventar und Drucksachen	81 363,63	b) Einbruchdiebstahl-Versicherung	57 844,44
13. Sonstige Aktiva:		c) Aufrubr-Versicherung	—
Saldo verschiedener Abrechnungen	46 971,17	d) Wasserleitungsschäden-Versicherung	20 885,20
		e) Transport-Versicherung	8 298,-
		f) Kraftfahrzeug-Versicherung	58 473,-
		g) Glas-Versicherung	13 026,49
		h) Unfall- und Haftpflicht-Versicherung	755 965,87
		5. Prämien-Reserven für Unfall- und Haftpflicht-Versicherung:	
		a) Prämien-Rückstellungen (Unfall)	6 796,50 RM
		b) Prämien-Reserve für laufende Haftpflicht-Renten	928,50
		6. Sonstige Reserven und Rücklagen, und zwar:	
		a) Sonderrücklage für unvorhergesehene Fälle	927 124,66
		b) Dividenden-Ergänzungsfonds	103 500,-
		c) Wertpapier-Reservefonds	1 800 000,-
		d) Grundbesitz-Entwertungsfonds	2 341 313,18
		e) Aufwertungs-Reserve	323 726,49
		7. Guthaben anderer Versicherungsunternehmen aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr	1 932 275,52
		8. Sonstige Passiva, und zwar:	
		a) Rückstellung für etwaige Ausfälle und zweifelhafte Forderungen	43 265,72
		b) Rückstellung für Steuern und Löschbeiträge	416 081,27
		c) Gemeinnütziger Fonds	—
		d) Konto der Verwendungen der Direktion zu gemeinnützigen Zwecken	55 172,20
		e) Dividenden-Rückstände	9 469,88
		f) Saldo bei der Abrechnung	9 526,20
		9. Gewinn	311 505,29
			845 020,56
			2 337 568,16
		Gesamtbetrag	40 067 038,85

Aachen, den 3. Mai 1928.

Der Vorstand:
 Spanz.

Druck G. Braun, Karlsruhe